

Vergütungsvereinbarung

zwischen

Lafone Investments Limited

vertreten durch Herrn Leo Medved
6 Consett Business Park
Consett County Durham
DH8 68P,
Großbritannien

– nachstehend als „**Mandant**“ bezeichnet –

und

GvW Graf von Westphalen

Rechtsanwälte Steuerberater Partnerschaft mbB,
Potsdamer Platz 8, 10117 Berlin

– nachstehend als „**GvW**“ bezeichnet –

1. Herr Medved ist wirtschaftlicher Berechtigter des Mandanten, der GvW mit seiner umfassenden Beratung und Vertretung im Zusammenhang mit allen gerichtlichen und außergerichtlichen Rechts- und Strategiethemen rund um sein Objekt Rigaer Straße 49 in Berlin-Friedrichshain (R94), insbesondere in den Rechtsgebieten Immobilienrecht, privates und gewerbliches Mietrecht, Bauordnungs- und Bauplanungsrecht, Verwaltungs-, Polizei- und Gewerberecht, nationales und internationales Gesellschafts- sowie allgemeines Vertragsrecht beauftragt hat.

Die Beratung erfolgt federführend durch Herrn Dr. Alexander v. Aretin, der je nach Rechtsgebiet und erforderlicher Expertise und nach Abstimmung und Freigabe mit dem Mandant weitere Anwälte von GvW hinzuziehen kann. So wurden bislang insbesondere Herr Dr. Ulrich Schroeder, Johannes Räther und Frau Sophia Volk in ihren jeweiligen Spezialgebieten eingesetzt.

Die Beauftragung von externen Anwälten und juristischen Spezialisten wie in der Vergangenheit bereits Herrn Sven Peitzner (Strafrecht) oder Herrn Prof. Dr. Alexander Schall (englisches Gesellschaftsrecht) kann erst nach entsprechender Freigabe des Mandanten erfolgen.

2. Künftige bzw. bereits erbrachte Leistungen von GvW werden grundsätzlich nach Zeitaufwand vergütet, wobei angefangene Stunden hierbei anteilig (aufgeteilt in 1/10 (Zehntel) Stundeneinheiten) in Rechnung gestellt und aktuell (seit 1.1.2024) folgende reduzierte Stundensätze zugrunde gelegt werden:

• Associates	EUR 260,00
• Assoziierter Partner	EUR 280,00
• Partner	EUR 320,00

Die genannten reduzierten Stundensätze sind Netto-Beträge. Mandatsnotwendige Reise- und Wartezeiten gelten als Arbeitszeiten, werden jedoch nur mit dem halben Stundensatz abgerechnet, sofern im Einzelfall nichts anderes vereinbart wird.

Infolge der Besonderheiten dieses Mandats haben Mandant und GvW die vorgenannte bei GvW übliche Vergütungsabfolge wie folgt abgewandelt:

Die von November 2016 bis zum 30. April 2020 erbrachte Tätigkeit von GvW wurde abweichend von der oben beschriebenen und bei GvW üblichen Zeitabrechnung auf Grundlage von Pauschalrechnungen abgerechnet und ist vom Mandanten beglichen.


Die ab dem 1. Mai 2020 erbrachte und noch zu erbringende Tätigkeit von GvW wurde und wird zunächst nur zu 66 % vergütet, der darüberhinausgehende Vergütungsanteil bis zur Beendigung des Mandats gestundet.

Über die Differenz zwischen der 66 % -Vergütung und der im Zeitraum vom 1. April 2019 und dem 30. April 2020 sowie vom 1. Mai 2020 bis zum 31. März 2021 gestellten Pauschalen hat GvW unter Beachtung der USt-Änderung (Brexit) dem Mandanten am 16. Juni 2021 und am 10. November 2021 zwei Pauschalrechnungen gestellt. GvW hat den aus der zweiten Pauschalrechnung noch offenen Restbetrag mit einer Überzahlung aus der ersten Pauschalrechnung saldiert und ausgebucht sowie dem Mandanten eine entsprechende Gutschrift in Höhe von EUR 20.857,16 erteilt.

Die Tätigkeiten von GvW ab dem 1. April 2021 (entsprechend der Timesheets) werden dem Mandanten weiterhin zu Beginn des Folgemonats zunächst nur zu 66 % in Rechnung gestellt (ohne USt) und vom Mandanten möglichst innerhalb von zwei Monaten bezahlt.

Nach Räumung/Herausgabe bzw. Beendigung des Mandats gilt folgendes:

- Sobald alle unrechtmäßig genutzten Wohnungen des Objektes R 94 geräumt worden sind bzw. ohne weitere Schwierigkeiten herausgegeben werden können, endet die Stundung der nur zu 66 % in Rechnung gestellten Tätigkeiten von GvW und der sich hieraus ergebende Betrag wird zusätzlich eines Zuschla-



ges von 33 % auf die erbrachten Tätigkeiten seit April 2019 in Rechnung gestellt und ist innerhalb von drei Monaten nach Rechnungsstellung zur Zahlung fällig.

- Die gleiche Regelung gilt für den Fall, dass der Mandant das Mandatsverhältnis mit GvW vor dem Zeitpunkt beendet, an dem feststeht, ob das Objekt R 94 aufgrund der eingeleiteten Maßnahmen gegen die unrechtmäßigen Bewohner geräumt werden kann oder nicht. Kündigt GvW das Mandat vor diesem Zeitpunkt aus vom Mandanten zu vertretenden Gründen (z.B. erheblicher Zahlungsverzug oder mangelnde bzw. fehlerhafte Information zu mandatsbezogenen Tatsachen) verzichtet GvW auf die Geltendmachung des vorgenannten Zuschlages und rechnet die bisherigen Tätigkeiten zu 100 % ab. Eine Kündigung zur „Unzeit“ ist nicht möglich. Der Mandant verpflichtet sich in diesem Fall zum Ausgleich der Endabrechnung innerhalb von drei Monaten nach Rechnungsstellung.
- Falls absehbar ist, dass in näherer Zukunft (innerhalb von zwei Jahren) nicht alle besetzten oder unrechtmäßig genutzten Wohnungen des Objektes R 94 wieder in Besitz genommen werden können, verzichtet GvW auf die Geltendmachung des Zuschlages und wird das Mandat in Abstimmung mit dem Mandanten beenden und zu 100 % (s.o.) abrechnen. Der Mandant verpflichtet sich die Endrechnung innerhalb von drei Monaten zu bezahlen.

GvW weist darauf hin, dass der nach dieser Vergütungsvereinbarung entstehende Vergütungsanspruch über die gesetzliche Gebührenregelung im RVG, welche sich nach dem Gegenstandswert bemisst, hinausgehen kann.

GvW weist ferner darauf hin, dass im Falle einer gerichtlichen Auseinandersetzung die gegnerische Partei, ein anderer Verfahrensbeteiligter oder die Staatskasse im Falle der Kostenerstattung regelmäßig nicht mehr als die gesetzliche Vergütung erstatten muss. Ein Erstattungsanspruch der gegnerischen Partei, einem Verfahrensbeteiligten, der Staatskasse oder einer Rechtsschutzversicherung gegenüber dem Mandanten besteht auch im Falle des Obsiegens der Gegenseite nur in Höhe der gesetzlichen Vergütung.

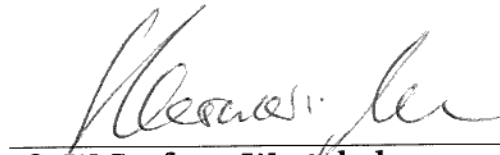
3. Unterschreitet die nach Zeitaufwand für eine gerichtliche Angelegenheit abgerechnete Vergütung die Summe der Gebühren, die auf Basis einer Abrechnung nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) angefallen wären, ist GvW nach § 4 Abs. 2 RVG verpflichtet, mindestens die nach RVG anfallenden Gebühren abzurechnen. Durch die hier geltende Sonderregelung kann von dieser Abrechnungsweise abgewichen werden, womit beide Parteien einverstanden sind.

4. Neben der vorstehend vereinbarten Vergütung wird GvW die entstandenen Auslagen, jeweils zuzüglich Umsatzsteuer in gesetzlicher Höhe, berechnen. Hierfür vereinbaren die Parteien folgendes:
- Der Mandant erstattet GvW alle im Rahmen des Mandats entstehenden Kosten für Sprachdienstleistungen, verauslagte gerichtliche Gebühren bzw. Verwaltungsgebühren, Kurierkosten und sonstige vergleichbare Aufwendungen.
 - GvW ist berechtigt, Kosten für Postdienstleistungen, Telekommunikationsdienstleistungen, Nutzung juristischer Datenbanken (z. B. JURIS, Beck-Online), Kopien und sonstige Bürodienstleistungen gesondert nach dem RVG abzurechnen.
 - Die Vergütung und die Auslagen nach dieser Vergütungsvereinbarung werden in der Regel monatlich abgerechnet. GvW übermittelt hierzu eine Aufstellung der Gesamtstundenzahl aller beteiligten Rechtsanwälte und eine zusammenfassende Darstellung der in diesem Zeitraum angefallenen Tätigkeiten.
5. Die Aufrechnung sowie die Ausübung eines Zurückbehaltungsrechts gegenüber Ansprüchen von GvW aus dieser Vergütungsvereinbarung sind ausgeschlossen, es sei denn, diese beziehen sich auf eine unbestrittene oder rechtskräftig festgestellte Forderung oder auf Forderungen aus demselben Vertragsverhältnis, die im Gegenseitigkeitsverhältnis stehen.
6. Diese Vereinbarung beginnt mit dem Tag der Unterzeichnung, läuft auf unbestimmte Zeit und kann von jeder Partei entsprechend Ziff. 2 dieser Vereinbarung gekündigt werden.
7. Es gilt deutsches materielles Recht. Ausschließlicher Gerichtsstand ist Berlin.

Berlin 07.08.2024
Ort, Datum


Lafone Investments Ltd., vertreten
durch Herrn Leo Medved

Berlin, 7.8.2024
Ort, Datum


GvW Graf von Westphalen
vertreten durch Dr. Alexander v. Aretin